

Präsidentschaftswahlen in Peru: Weichenstellung, aber in welche Richtung?

Mechthild Minkner-Bünjer

Am 28. Juli übernahm Alan García das Präsidentenamt in Peru. Der Generalsekretär der APRA und ehemalige Präsident des Landes hatte sich im Juni in der Stichwahl gegen Ollanta Humala durchsetzen können, der im ersten Wahlgang mit 30,6 % der Stimmen vorn gelegen hatte.

Analyse:

Die Regierung García und die APRA hatten nach ihrer Amtszeit 1985-1990 das Land in einem wirtschaftlich und politisch chaotischen Zustand hinterlassen. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen siegten jeweils die politischen Neulinge Fujimori und Toledo. 2006 lag mit Humala im ersten Wahlgang zunächst wieder ein Outsider in Front, dessen Partei *Unión por el Perú* (UPP) 45 der 120 Sitze im Kongress gewann. Überraschenderweise konnte Alan García die zweite Runde der Präsidentschaftswahl gewinnen – trotz der katastrophalen Ergebnisse seiner ersten Präsidentschaft.

- Outsider wie der Ex-Oberst Ollanta Humala ohne eigene politische Basis und ohne Programm steigen kometenartig als Kandidaten für die Präsidentschaft auf, denn die frustrierte Bevölkerung kann sich mit ihrer Herkunft, ihren oft extremen Ideen und Wahlversprechen identifizieren.
- Humala verprellte vor allem konservativ wählende großstädtische und im Ausland lebende Gruppen mit seiner nationalistischen Polemik und engen Beziehungen zu den Linkspopulisten Chávez (Venezuela) und Morales (Bolivien).
- Die Wähler der konservativen Kandidatin Lourdes Flores im ersten Wahlgang entschieden sich im zweiten für das „kleinere Übel“: den etablierten Politiker Alan García.
- Fast 70% der Bevölkerung hofft jetzt, dass mit der Wahl von García die Weichenstellung zu einem erfolgreichen Neuanfang gelungen ist.

Key words: Peru, Wahlen, Parteien, Populismus, Außenpolitik

Wahlgewinner García: unrühmliche Präsidentschaft 1985-1990

Am 28. Juli 2006 wurde Staatspräsident Alan García, der in der Stichwahl Anfang Juni 2006 gegen Ex-Oberst Ollanta Humala knapp gewonnen hatte, offiziell ins Amt eingeführt. Teile der Führungsspitze der 1924 gegründeten Traditionspartei APRA hatten im November 2005 gegen seine Kandidatur Bedenken angemeldet; denn gemäß Umfragen lag die Akzeptanz Garcías beim Wähler nur bei etwa 12%. Das Misstrauen gegen ihn, der 1985 mit großen Vorschusslorbeeren jüngstes Staatsoberhaupt Perus und Lateinamerikas geworden war, saß tief. García, in den 1990er Jahren Linkspopulist und glühender Anhänger der Sandinistischen Revolution, war mit seiner etatistischen Wirtschaftspolitik auf ganzer Linie gescheitert. Der Bankrott von hoch subventionierten Staatsunternehmen, die Nationalisierung der Banken, die erratische Abwertungspolitik, Konflikte aufgrund der einseitig auf 10% der Exporterlöse begrenzten Bedienung der Auslandsschulden, tiefgehende Differenzen mit dem IWF bezüglich der Art der Stabilisierung und Strukturanpassung und die bis zur Hyperinflation (1990 fast 7.000%) steigenden Preise kennzeichneten die Vertiefung der Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit.

Die terroristischen Aktivitäten des *Sendero Luminoso* vervielfachten sich parallel zur allmählichen Zersetzung des staatlichen Gewaltmonopols; der sozioökonomische und politische Zerfall beschleunigte sich besonders in den peripheren Regionen. Wirtschaftskrise und Terror, autoritärer Regierungsstil, Ämterpatronage und Korruption unterminierten die Stellung des Präsidenten.

García beendete seine Amtszeit unter Protesten und Tumulten. Sein Nachfolger Alberto Fujimori ließ ihn wegen unrechtmäßiger Bereicherung und Missachtung der Menschenrechte verfolgen. García setzte sich daraufhin ins Exil ab. Bei seinem politischen Comeback 2001 musste er in der Stichwahl um das Präsidentenamt mit 46,92% der Stimmen gegen den Outsider Alejandro Toledo eine Niederlage einstecken. Die „traumatisierten“ Wähler zogen es vor, ihre Stimme wiederum einem politischen Nobody zu geben. Sie strafte die geringe Leistungsfähigkeit der Demokratie unter den traditionellen politischen Parteien und ihren Führern erneut ab.

Wahlen 2006: traditionelle Elite gegen Politikneuling

Die Zweifel in der APRA-Spitze an einer erneuten Präsidentschaftskandidatur von García schienen sich zu bestätigen. Gemäß den Umfragen von *Apoyo Opinión y Mercado* (AOM) hatte sich die Zustimmung zu García im Januar 2006 (Anteil an den Wahlabsichten der Befragten: 16-17%) gegenüber Oktober 2005 um vier Prozentpunkte verringert, bis Ende Februar stieg sie auf 22%, erhöhte sich aber bis Ende März nur um einen Prozentpunkt. Die konservative Kandidatin Lourdes Flores Nano von der Parteienallianz *Unidad Nacional*, die vor allem Sympathien bei der städtischen Mittelschicht genießt und Garantin der Unternehmer für die Beibehaltung der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist, lag Ende Januar in den Wahlabsichten der Befragten mit 37% weit vorn; sie war im Dezember 2005 mit 28% ins Rennen gegangen. Trotz des danach stetigen Abwärtstrends wurde sie bis Anfang März als Gewinnerin der Wahlen gehandelt. Outsider Ollanta Humala, der im Oktober 2005 in der Akzeptanz bei 9% gelegen hatte, holte bis zur ersten Märzwoche rasant auf und erreichte mit Lourdes Flores einen Gleichstand von etwa 30-31%. Humala landete gemäß den Umfragen von AOM Ende März mit 31% der Wählerzustimmung auf den ersten Platz.

García musste sich am 9. April 2006 mit 24,3% der Stimmen gegen den Ex-Militär Humala Tasso (30,6%) geschlagen geben, konnte aber Lourdes Flores Nano mit 23,8% auf den dritten Platz verweisen. Schon Ende März sagten die Analysten entgegen den Umfragen von AOM voraus, dass Ollanta Humala den zweiten Wahlgang aller Wahrscheinlichkeit nach verlieren würde. Die meisten Stimmen würde er aus dem indigenen Peru der Sierra Centro, Sierra Sur, der Selva und dem Departement Arequipa, speziell von den Wählern der Provinzen im Landesinneren und den ländlichen Gebieten bekommen.

Die städtischen Wähler der zentralen Küste, Limas, des Nordens sowie die Auslandspereuaner würden sich hinter García stellen. García siegte in der Stichwahl vom 4. Juni 2006 mit 52,6% klarer als erwartet und gegen den vermeintlichen Trend im südamerikanischen Superwahljahr, nationalistisch-populistische Präsidentschaftskandidaten zu favorisieren. Bei den Mitte November 2006 stattfindenden Regional- und Kommunalwahlen

dürfte García erneut mit dem „Humala-Effekt“ konfrontiert werden. Etwa die Hälfte der Wähler, vor allem die 50-60%, die unter der Armutsgrenze leben, hatte im Juni 2006 für Ollanta Humala gestimmt.

Das Profil von Aufsteiger Humala

Wer ist dieser Politikneuling und Outsider, der sich in weniger als acht Monaten zur Alternative für die Präsidentschaftswahlen 2006 entwickelt hatte? Ex-Militär Ollanta Humala Tasso, Jahrgang 1963, stammt aus Ayacucho, Geburtsstätte und Hochburg des *Sendero Luminoso*. In der traditionellen Familie mit sieben Kindern gibt es mit Vater Isaac Humala eine militärische Tradition. Dieser war in jungen Jahren in einem der KP Perus nahe stehenden Zirkel aktiv und machte später Schlagzeilen mit einem „wirren“ Rassismus („Etnocacerismo“). Humala absolvierte seine Schulzeit im Colegio Peruano-Japonés in Lima und trat 1982 in die Kadettenanstalt von Chorrillos ein. Anfang der 1990er Jahre kämpfte er gegen den *Sendero Luminoso* in der Selva und war 1995 während der Gefechte mit Ekuador im Alto Cenepa/Cordillera del Cóndor in einem Militärstützpunkt an der Grenze stationiert. Im Jahr 2000 inszenierten Ollanta Humala und sein Bruder Antauro mit einer Gruppe von Reservisten einen missglückten Putschversuch gegen den – durch zahllose Korruptions- und Menschenrechtsskandale auf höchster Ebene – ins Trudeln geratenen Präsident Fujimori. Als Fujimori kurz darauf vor der Justiz ins Ausland geflüchtet war, begnadigte Interimspräsident Valentín Paniagua die Putschisten. 2001 verbrachte Humala mit politikwissenschaftlichen und strategischen Studien in der Universidad Católica in Lima sowie im *Centro de Altos Estudios Militares*, CAEM. Im Anschluss daran wurde er bis 2004 als Militärattaché nach Paris und Seoul „abgeschoben“.

Durch seinen Vater kam Humala einerseits mit ultranationalistischem Gedankengut in Berührung, andererseits mit dem ideologischen Erbe der orthodoxen Linken. Der von seinem Vater begründete „Etnocacerismo“, benannt nach dem früheren Staatspräsidenten und Marschall Andrés A. Cáceres, Held des Krieges zwischen Peru und Chile (1879-1883), propagiert eine rassistisch-chauvinistische Ideologie bei gleichzeitiger Forderung nach der Restauration des indigenen Erbes.

Im Jahre 2005 gründete Humala den PNP (*Partido Nacionalista del Perú*) als Wahlplattform für seine politischen Ambitionen und ging auf vorsichtige Distanz zum „Etnocacerismo“. Da die erforderliche Mindestzahl an Unterschriften nicht fristgerecht präsentiert werden konnte, fand er „Unterschlupf“ als Präsidentschaftskandidat bei der hoffähigen Partei *Unión por el Perú* (UPP). Die UPP war, nachdem sich der Ex-Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, aus dem politischen Geschäft zurückgezogen hatte, für Kandidaturen unterschiedlichster Couleur „ausgeliehen“ worden. Humala gewann mit ihr 45 Sitze im Kongress. Erfahrungsgemäß stellen politische Organisationen, die opportunistisch als Wahlvehikel geschaffen werden, ihre Führer vor das Problem, dass sobald sich die Machtkonstellationen und die Interessenlage verändern, Mitglieder in andere politische Lager wechseln: so passierte es dann auch Humala.

Outsider Humala: Niederlage im 2. Wahlgang

Der Wahlkampf für die zweite Runde brachte inhaltlich keine Veränderungen; allein der verbale Schmutzpegel stieg an. Die beiden Kandidaten bezichtigten sich gegenseitig des Kaufs und der Manipulation von Stimmen, warfen einander Menschenrechtsverletzungen und Korruption vor. Humala, der sich nur vage und in Schlagwörtern zu seinem Regierungskurs äußerte, brachte die Massen durch eine auf die militärische und auf die inkaische Vergangenheit anspielende Rhetorik und Symbolik hinter sich. Er polarisierte mit einem Wahlkampf, der zum großen Teil aus links-nationalistischer-populistischer Agitation bestand. Die „Neugründung“ des Landes mittels einer neuen Verfassung und der Kampf gegen die Korruption hatten oberste Priorität in seiner Wahlpropaganda. Eingriffe in den Wahlkampf kamen von Fujimori aus dem chilenischen Exil (später von Präsidentin Bachelet unterbunden) sowie von Präsident Hugo Chávez aus Venezuela. Letzterer verstieg sich nicht nur zu Beschimpfungen gegen Alan García, sondern drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Fall einer Niederlage von Humala.

Tabelle 1: Ergebnis des 1. Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2006 und Ergebnis der Kongresswahlen 2006

Partei/Parteienallianz	Kandidat	Gültige Stimmen	Stimmenanteile (in % gültiger Stimmen)	Sitzverteilung im Kongress 2006
<i>Unión por el Perú</i>	Ollanta Humala	3.758.258	30,62	45
<i>Partido Aprista Peruano</i>	Alan García Pérez	2.985.858	24,32	36
<i>Unidad Nacional</i>	Lourdes Flores Nano	2.923.280	23,81	17
<i>Alianza por el Futuro</i>	Martha Chávez Cossio	912.420	7,43	13
<i>Frente de Centro</i>	Valentín Paniagua	706.156	5,75	5
<i>Restauración Nacional</i>	Humberto Lay Sun	537.564	4,37	2
Andere (11)		451.849	3,70	2
Gesamt		12.275.385	100,00	120

Quelle: Oficina Nacional de Procesos Electorales, ONPE (www.elecciones2006.onpe.gob.pe).

Tabelle 2: Ergebnis des 2. Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2006

Partei/Parteienallianz	Kandidat	Gültige Stimmen	Stimmenanteile (in % gültiger Stimmen)
<i>Unión por el Perú</i>	Ollanta Humala	6.270.080	47,37
<i>Partido Aprista Peruano</i>	Alan García Pérez	6.965.017	52,63
Gesamt		13.235.097	100,00

Quelle: Oficina Nacional de Procesos Electorales, ONPE (www.elecciones2006.onpe.gob.pe).

Das Wahlergebnis vom 4. Juni spiegelt die politische und sozioökonomische Teilung des Landes wider. Fast 50% der Wähler, vor allem die indigene Bevölkerung der ländlichen Gebiete und des Südens, haben ihre Stimme auch im zweiten Wahlgang Ollanta Humala gegeben. Hauptgrund für ihn zu stimmen, war die Perzeption der Wähler, dass er nicht zur traditionellen Politikerkaste gehörte, sondern für einen radikalen Wechsel in der Politik stehen würde, dass er die Probleme des Volkes zu verstehen schien sowie Armut und Korruption zu bekämpfen versprach. Positiv wirkte sich aus, dass er als Militär Ansehen in breiten Kreisen der niedrigen Einkommensgruppen genießt und dass sich die Wähler mit seinen „holzschnittartigen“ linksnationalistischen Ideen identifizieren konnten.

Die Wähler der städtischen Ober- und Mittelschicht, speziell Limas, der zentralen und nördlichen Küsten sowie die im Ausland lebenden Peruaner entschieden sich entweder für Lourdes Flores Nano und damit für die Fortsetzung der neoliberalen Politik von Toledo oder für Alan Gar-

cia und damit für moderate Reformen. García gab sich im Wahlkampf als geläuterter Sozialdemokrat und bekannte sich zu seinen Fehlern in der Vergangenheit. Die Anhänger von Lourdes Flores stimmten im zweiten Wahlgang für García.

Das gute wirtschaftliche Erbe (durchschnittliches Wachstum etwa 5% p.a.) der ungeliebten Regierung Toledo schlug weder für die Partei des Ex-Präsidenten, *Perú Posible*, noch für die anderen Parteien positiv zu Buche. Vielmehr lasteten die Wähler der gesamten Politikaste an, dass auch hohes Wachstum bisher nicht den Armen zugute gekommen und Reformen (u.a. Dezentralisierung; Verbesserung des Erziehungswesens) zwar begonnen, aber nicht zu Ende geführt worden seien.

Das aggressive Eingreifen von Hugo Chávez in den Wahlkampf dürfte für die Niederlage von Humala im zweiten Wahlgang mitverantwortlich sein. Seine Polemik und sein auf dem Erdöl basierender linksnationalistisch eingefärbter Führungsanspruch ließ – ebenso wie die Nationalisierung von Erdöl und Erdgas durch Evo Morales in Bolivien – einen Teil der Wähler auf Distanz gehen,

obwohl die Masse der Armen auch in Peru die Nutzung nationaler Ressourcen zur Verbesserung ihres Lebensstandards fordert. Negativ wirkte sich in einigen Wählerkreisen aus, dass Humala und seine Anhänger vom politischen Alltagsgeschäft nichts verstanden. Von García erhofften sie sich, dass seine politische Erfahrung und seine Kontakte sich positiv auf den Investitions- und Kreditzufluss aus dem Ausland auswirken würden.

Humala und die UPP-PNP: ungewisse Zukunft

Humala kündigte nach seiner relativ knappen Niederlage zunächst eine kompromisslose Opposition der *Unión por el Perú-Partido Nacionalista Peruano* (UPP-PNP) an. Er stimmte aber wenig später moderatere Töne an; denn Anwalt Carlos Torres Caro, Ex-Kandidat für die zweite Vizepräsidentschaft (laut Art. 115 der Verfassung: zwei Vizepräsidenten), verließ kurz nach der Niederlage Humalas mit drei weiteren Abgeordneten die UPP, um einen eigenen Block zu bilden. Er begründete die Entscheidung damit, dass Ollanta Humala den nationalistischen Weg verlassen und mit der orthodoxen Linken – möglicherweise auf Druck von Chávez? – paktieren würde. Sollten weitere Abgeordnete sich entschließen, die Fronten zu wechseln, könnte der Parteienstatus der UPP in Gefahr sein. Die weitere politische Rolle von Humala (und der UPP-PNP) ist derzeit nicht abzuschätzen: zu rasant ist sein Aufstieg gewesen, zu diffus sein politischer Hintergrund und das Umfeld (auch im Andenraum) zu fluktuierend. Die regionalen und kommunalen Wahlen im November könnten als erster Test mehr Aufschluss darüber geben.

Garcías Herausforderungen im Kongress

Auch wenn García mit 36 APRA-Abgeordneten formal nur knapp ein Drittel des Kongresses hinter sich hat, dürfte ihm zugute kommen, dass die Mehrheit der UPP-Mitglieder als nicht loyal gilt und dass die Interessen der Blöcke vergleichsweise viele Schnittmengen aufweisen. Humala kündigte an, dass wann immer es im Interesse des peruanischen Volkes sei, er im Kongress mit der APRA zusammenarbeiten wolle. García hat sich bisher nicht zur Strategie geäußert, wie der Kongress für die anstehenden Gesetzesvorhaben

unter Kontrolle gebracht werden soll. Viel dürfte von der Konsensfähigkeit und dem Verhandlungsgeschick der APRA-Abgeordneten (speziell der Präsidentin des Kongresses, Mercedes Cabañilla Bustamante) selbst und vom Präsidenten des Ministerrats, Jorge del Castillo, abhängen. Noch vor der Amtseinführung führte García Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Darunter war auch Nelson Palomino, Anführer der Dachorganisation der peruanischen Kokabauern (*Confederación Nacional de Productores Agropecuarios de las Cuencas Cocaleras del Perú*), der am 25. Juni mit der Gründung der Partei *Kuska Perú (Juntos por el Perú)* die Öffentlichkeit überrascht hatte. Eine intelligente Einbindung Palominos, der *Kuska Perú* zur „autochthonen indigenen Vertretung der vergessenen Peruaner“ machen will, könnte ihn als direkten Konkurrenten von Humala aufbauen. Palominos eigenes Ziel ist, zum „peruanischen Evo Morales“ zu werden.

Die Abgeordneten der politischen Gruppierungen *Perú Posible*, *Restauración Nacional* und *Frente de Centro* kündigten an, unter einem Dach im Kongress agieren zu wollen. Das dürfte je nach Interessenlage García entgegen kommen oder die Opposition stärken.

Im Vergleich zum zusammen gewürfelten Haufen der UPP-PNP ist die APRA eine Sturm erprobte Partei mit einer konsolidierten Stammwählerschaft, allerdings mit erst einer (gescheiterten) Präsidentschaft seit ihrer Gründung im Jahr 1924. Für García und die APRA kommt es darauf an, bis zu den Regional- und Kommunalwahlen am 19. November 2006 die lokalen Kader zu stärken, Wähler mit ungültigen oder leeren Stimmzetteln sowie Unentschlossene durch eine Signale setzende 100-Tage-Politik für sich zu gewinnen. Der APRA ist es schon einmal mit García gelungen, nach seiner Niederlage 2001 in den darauf folgenden Kommunalwahlen 2002 in zwölf der 25 Wahlbezirke und in zehn großen Städten erste politische Kraft zu werden.

Kabinett und 100-Tage-Programm

García ernannte seinen langjährigen Weggefährten Jorge del Castillo zum Präsidenten des Ministerrats. Art. 123 der Verfassung sagt, dass er der autorisierte Sprecher der Regierung ist, der die Funktionen der Minister koordiniert und Gesetze sämtlicher Art abzeichnet. Gemäß Art. 125

der Verfassung müssen sämtliche Gesetze bzw. Gesetzesprojekte der Exekutive den Ministerrat passieren. Del Castillo soll der Garant sein für die notwendige Mischung aus unabhängiger Loyalität, politischer Kompetenz und Konsensfähigkeit, wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Regierungspolitik. García hat ihm größtmögliche Unabhängigkeit zugesichert, die auch 85% der Wähler nach Umfragen von AOM für erforderlich ansehen. Allerdings kann erst eine Änderung in der Verfassung hinsichtlich der eigenständigen Kompetenzen des Präsidenten des Ministerrats den angekündigten neuen Regierungsstil wirklich absichern.

Die Kabinettszusammensetzung wurde von Vertretern der Medien, der Verbände und der Politik begrüßt, aber auch mit Kritik bedacht (zu konservativ; kein wirklicher Wechsel; Beziehungen zum Regime Fujimori; Kompetenzprobleme). Bei der Auswahl spielten Kriterien wie eine möglichst ausgewogene Zusammensetzung aus Unabhängigen und Parteigängern (etwa 60% zu 40%), von Politikkontinuität und Reformen (z.B. Carranza Ugarte: Wirtschaft; José Antonio Chang: Erziehungswesen), von Vertretern der Metropole und der Regionen (z.B. Valdivia Romero aus Ancash: Bergbau; Salazar García aus Lambayeque: Landwirtschaft) sowie von Professionalität und politischer Erfahrung eine Rolle.

Das Regierungsprogramm von García sieht als Oberziele vor: 1) „Wiederaufbau“ des Staates und des politischen Systems; 2) Arbeitsplatzbeschaffung durch mehr private Investitionen (derzeit nur 17% des BIP) und einen „Investitionsschock“ des Staates als Impulsgeber; 3) Schutz der Rechte der Arbeiterschaft, auch im sozialen Bereich; 4) Förderung spezieller Politiken für Frauen, Jugendliche und Kinder; 5) Sicherheit für die Bürger und das Land nach innen und nach außen. Die kurzfristige Operationalisierung im 100-Tage-Plan sieht z.B. für das erste Oberziel Maßnahmen im staatlichen Sektor wie äußerste Sparsamkeit (u.a. Kürzung der Gehälter der politischen Kaste bis zu 50% und Einsparung von 10% aller Staatsausgaben, Streichen von Stellen in der staatlichen Hierarchie), Dezentralisierung, Vereinfachung von Vorschriften sowie Verbesserung von Arbeitsmoral und Arbeitsethik in der Verwaltung vor. Die frei werdenden Mittel sollen in einen Fonds zur Bekämpfung der Armut fließen. Im Landesinneren soll mit den Vorbereitungen für den Plan „Sierra exportadora“ (Plan für den Export von

Agrarprodukten) und für die Unterstützung der Bauern durch den Banco Agrario sowie mit den Planungen für Verbindungen zwischen Sierra und Costa begonnen werden.

Feststeht, dass sich García, will er erfolgreich sein, mit ganzer Kraft der Lösung der sozioökonomischen Probleme der breiten Masse zuwenden muss. Die Ausgangsbedingungen sind wesentlich besser als anzunehmen war; denn laut Meinungsumfrage von AOM vom 18. Juni bejahen nunmehr 69% der Befragten den „neuen und alten“ Präsidenten. Zudem ist eine Mehrheit (55%) der Meinung, dass sein Wahlsieg sich positiv auf die Entwicklung des Landes auswirken dürfte.

Außenpolitische Positionierung

Zwischen dem Wahlsieg und der offiziellen Amtseinführung war García im Ausland unterwegs. Er warb in Chile, Brasilien und Kolumbien um enge Kooperation und gemeinsame Projekte. García hat eigene Führungsambitionen und versteht sich auch als Gegengewicht zur Achse der sich extrem antihegemonial gebärenden Präsidenten Chávez und Morales.

García will die Andenintegration stärken; er ernannte José Antonio García Belaunde, vorher hoher Funktionär der *Comunidad Andina de Naciones* (CAN), zum Außenminister. Er will die guten Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art mit den USA, die ihren Niederschlag in dem Abschluss des Freihandelsabkommen (*Tratado de Libre Comercio*, TLC) am 01.05.2006 gefunden hatten, weiterführen. Er hofft, dass die USA dem TLC bis November zustimmen; danach dürfte er mit dem Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA „archiviert“ werden. Für die Regierung Bush könnte es von Interesse sein, den TLC noch zu ratifizieren, um die Washington derzeit wohlgesonnenen Staaten Peru und Kolumbien zu unterstützen.

Anfang Juni lud García – trotz der verbalen Feindseligkeiten im Wahlkampf – Venezuela ein, an Verhandlungen mit Europa über ein Freihandelsabkommen teilzunehmen und gleichzeitig den Ausritt aus der CAN zu überdenken. Venezuela hatte ihn am 22.04.2006 offiziell bekannt gegeben. Gleichzeitig vermittelte García gegenüber Chile, um den Weg zu einem Wiedereintritt in den Andenpakt frei zu machen. Energiepolitische Kooperation durch Gas-Verkauf aus dem Camisea-

Projekt und der gemeinsame Aufbau einer Freihandelszone aller Pazifikanrainer, einschließlich Mexikos, sollen weitere Schritte auf dem Weg zu engen Beziehungen mit Chile sein und gleichzeitig den Handelsblock der Andenländer stärken.

Zusammenfassender Ausblick

Die Wahlen 2006 haben nicht nur über Perus nächsten Präsidenten, sondern auch über das politische Gleichgewicht in Südamerika entschieden. Ein Sieg von Humala hätte starken Einfluss auf die Nachbarn, speziell auf die kommenden Wahlen in Ecuador gehabt. Schon jetzt richtet Ecuador (unter seinem scheidenden Präsidenten Alfredo Palacio) seine Erdölpolitik am Vorbild Boliviens und Venezuelas aus. Auch in Peru drängen große Teile der organisierten Zivilbevölkerung auf eine nationalistische Rohstoffpolitik.

Auch das derzeit in Peru bzw. im Andenraum angestrebte Wirtschaftsmodell, dessen Dreh- und Angelpunkt eine „Patchwork-ALCA“ auf der Grundlage bilateraler Freihandelsabkommen mit den USA bei gleichzeitiger Beibehaltung der andinen Integration bilden soll, wäre durch einen Wahlsieg Humalas betroffen gewesen. Nicht nur große Teile der Bevölkerung, sondern auch die mittleren und kleinen Unternehmen Perus wünschen eine Neuverhandlung des TLC mit den USA. Das Ausland erwartet von García, dass er die Multilateralität und konstruktiven Beziehungen zu den USA und Europa vorantreibt. Sie hoffen, dass die formelle Eingliederung neuer Mitgliedsstaaten in die ideologische Energieachse Havanna – Caracas – La Paz und die *Alternativa Bolivariana para las Américas* (ALBA) de facto erst einmal vom Tisch sind.

Obwohl die ersten Signale in die richtige Richtung weisen, ist keineswegs so klar, wohin sich der Subkontinent, insbesondere der Andenraum, vor allem in den Außenbeziehungen entwickeln wird. Alan García hat nach seiner Wahl angekündigt, dass er Peru in den nächsten zehn Jahren zur Führungsmacht in der Region machen wolle. Auch wenn es eher Wunschenken als konkrete Zielsetzung ist, García war schon immer für Überraschungen gut. Das positive wirtschaftliche Erbe Toledos würde ihm einige „populistische“ Reformen ohne kurzfristig negative Effekte erlauben. Die Rückkehr Chiles in die CAN scheint sich – auch durch eine gewisse Distanzierung gegen-

über Argentinien – positiv zu entwickeln: mit welchem Status, darüber soll Chile in Kürze ein Vorschlag durch die vier Mitgliedsländer unterbreitet werden. García unterstützt auch die Idee einer integrativen wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen mit den asiatischen Pazifikländern, ein von Mexiko mitgetragener Vorschlag.

Insgesamt sind mit den Wahlsiegen von García in Peru und Uribe in Kolumbien die Chancen gestiegen, dass Venezuela und Bolivien einen geringeren Spielraum für die Expansion eines ultranationalistischen Modells haben. Allerdings dürfte die konkrete Entwicklung entscheidend von dem Erfolg bei der Lösung der drängenden sozialen Fragen der Länder selbst abhängen sowie von der Politik Washingtons gegenüber Lateinamerika. Das US-Image ist derzeit sehr negativ, und die Politik der USA ist zu einseitig an ihren Interessen ausgerichtet. Kommentator Oppenheimer stellte im Miami Herald (13. Juli 2006) die Frage: Lohnt es sich überhaupt noch, ein Freund Washingtons zu sein?

Quellen

- Apoyo Opinión y Mercado, Resumen de Encuesta a la Opinión Pública (www.apoyo.com).
- Caretas, Peru (www.caretas.com.pe).
- CIES: Planes y propuestas de Gobierno: al ritmo de Humala, Lima, 14.02.2006 (www.cies.com.pe).
- El Comercio, Peru (www.elcomerciope.com.pe).
- El País, Madrid (www.elpais.es).
- IberoDigital, Institut für Iberoamerika-Kunde (www1.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital).
- Kurtenbach, Sabine, Minkner-Bünjer, Mechtild, Steinhauf, Andreas (Hrsg.) (2004): Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Frankfurt/M.: Vervuert.
- La República, Lima (www.larepublica.com.pe).
- Latin American Andean Group Report (IberoDigital, IIK).
- Oficina Nacional de Procesos Electorales (www.onpe.gob.pe): Elecciones Generales 2006.
- The Miami Herald, (www.miami.com).
- Torres Guzmán, A.: Semana decisiva, in: Opinión Data 6: 72, 2 de abril 2006 (www.apoyo.com).
- Wild, Ekart: Peru vor den Wahlen: Die Kandidaten, mögliche Szenarien und Konsequenzen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 23.01.2006 (http://library.fes.de/cgi-bin/populo/digbib.pl?f_SER=kurzbe).

■ Die Autorin

Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl. Kff. Dipl. Hdl., ist freie Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Regionale Schwerpunkte: Andenländer, Zentralamerika, Chile. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungsökonomie, Entwicklungspolitik, Außenbeziehungen der Länder, Dezentralisierung, Integration, Beschäftigungspolitik und Armutsbekämpfung.
E-mail: minkner@public.uni-hamburg.de; minkner-buenjer@gmx.de

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

- Andenländer. Demokratisierung am Scheideweg. Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation Nr. 45. Hamburg: IIK, 2001.
- Ardila, Martha (2005): Seguridad e integración en el marco de la comunidad andina de naciones, in: Bodemer, Klaus/Rojas Aravena, Francisco (Hrsg.): La seguridad en las Américas. Frankfurt/M.: Vervuert, Madrid: Iberoamericana, S. 127-144.
- Kruijt, Dirk (2005): Guatemala y el Perú: guerrilla y contra-insurgencia, guerra y paz, desarrollo pos-bélico, in: Bodemer, Klaus/Rojas Aravena, Francisco (Hrsg.): La seguridad en las Américas. Frankfurt/M.: Vervuert, Madrid: Iberoamericana, S. 167-187.
- Kurtenbach, Sabine/Minkner-Bünjer, Mechthild/Steinhauf, Andreas (2004): Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika. Schriftenreihe des IIK, Bd. 59. Frankfurt/M.: Vervuert.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2004): Comunidad Andina: Wie steht es um die wirtschaftliche Integration der Andenländer?, in: Brennpunkt Lateinamerika 22-04, Hamburg: IIK.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2000): Perus Präsidentschaftswahlen 2000: Harakiri Fujimoris?, in: Brennpunkt Lateinamerika Extra, Kurzinfo IV, Hamburg: IIK.
- Oettler, Anika (2003): Peru: Aufarbeitung der „Zeit der Angst“. Die Wahrheitskommission fordert die politische Kultur des Landes heraus, in: Brennpunkt Lateinamerika 18-03, Hamburg: IIK.
- Steinhauf, Andreas (2002): Probleme demokratischer Wiederbelebung in Peru: Eine Zwischenbilanz der Regierung Toledo, in: Brennpunkt Lateinamerika 23-02, Hamburg: IIK.
- Steinhauf, Andreas (2001): *Quo Vadis* Peru? Wahlen und Perspektiven für einen politischen Neubeginn, in: Brennpunkt Lateinamerika 11-01, Hamburg: IIK.
- Steinhauf, Andreas (2000): Verwirrspiel, Unsicherheit und Chaos: Das Ende der Ära Fujimori, in: Brennpunkt Lateinamerika 19-00, Hamburg: IIK.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Detlef Nolte; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Nina Grabe; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg